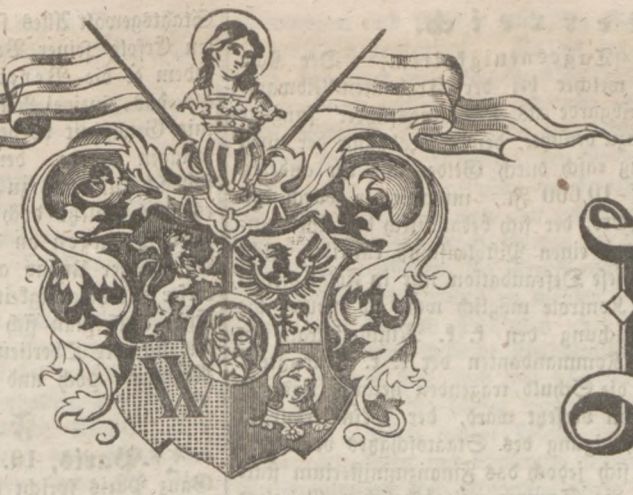


Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Perrenstraße Nr. 20. Infection: Gebühre für den Raum einer sechsstelligen Zeitzeile 1/2 Sgr.

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Breslau 1 Rthl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rthl. 24 Sgr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer



Zeitung.

Nr. 133.

Mittwoch den 14. Mai

1851.

Nr. 134 der Breslauer Zeitung wird morgen Nachmittags ausgegeben.

Telegraphische Nachrichten.

Frankfurt a. M., 12. Mai, Abends 6 Uhr 27 Min. Heute Mittag fand die Schlussung der Bundes-Conventions-Kommission statt. Alle Bevollmächtigte waren anwesend.
Lissabon, 3. Mai. Saldaña fordert als Minister-Kollegen: Marquis Lavaradio für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Passos für das Ministerium des Innern, Franzini für die Finanzen, Gerao für die Justiz, Ferreira für das Kriegsministerium, sämtlich Halb-Septembristen. In der portugiesischen Presse große Aufregung gegen die Königin, deshalb beunruhigte Stimmung.
Madrid, 7. Mai. Die Königin Mutter hat beim Aussteigen aus dem Wagen das Bein gebrochen.
Hamburg, 12. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Regen, fest, wenig angefeuchtet. — Regen, fest, unverändert. — Del, 20¹/₈, pr. Oktober 20³/₄.
Frankfurt a. M., 12. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Nordbahn 40¹/₂. (Berl. Bl.)
Frankfurt a. M., 12. Mai, Morgens 8 Uhr 28 Minuten. Die preussische Bundesdeputations-Commission ist gestern Abend hier eingetroffen. General von Radowski ist auf einer Reise nach Karlsruhe hier eingetroffen; auch der Fürst von Reiningen befindet sich in Frankfurt. (Vergl. die telegr. Depesche in der gestr. Bresl. Ztg.)
Düsseldorf, 12. Mai, 5 Uhr 15 Min. Vormittags. Die gestern Nachmittag versuchte Volksversammlung auf der Grenze zwischen Kronenberg und Elberfeld ist durch die von dem Landrath und dem Bürgermeister von Elberfeld geleiteten 15 Gensdarmen und Polizeimannschaften mit bestem Erfolge auseinander getrieben worden. Einige leichte Verwundungen und die Verhaftung dreier Personen haben stattgefunden. Die versammelt gewesene Menge bestand meist aus Leuten der Umgegend. Die Ruhe und Ordnung in Elberfeld ist in keiner Weise gestört worden. (Dr. 3.)
London, 10. Mai, Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten. Das von Urquhart bei der Fittellill eingebrachte Misstrauensvotum gegen das Ministerium wurde mit 280 gegen 201 Stimmen verworfen.
Neapel, 3. Mai. Der Herzog von Amale ist nebst seiner Gemahlin hier eingetroffen und im Palais der Fürstin von Salerno abgestiegen.

Uebersicht.

Breslau, 13. Mai. Unser Berliner Korrespondent berichtet gleichlautend mit der „Preuss. Ztg.“ über die Reise J. J. M. M. des Königs und der Königin nach Warschau. Se. Maj. der König tritt am 15. die Reise von Potsdam an, trifft selbigen Tages in Breslau ein, reist am folgenden Tage bis nach Gleiwitz, wo er übernachtet. Am 17. reist Se. Maj. der König nach Warschau fort, wo er Nachmittags desselben Tages anlangt, und bis zum 26. verweilt. Die Rückreise erfolgt in ähnlicher Weise, doch so, daß Se. Maj. der König schon am 29. wieder in Charlottenburg ist. Unser Korrespondent fügt hinzu, daß der Kaiser von Rußland wahrscheinlich Se. Maj. der König nach Berlin begleiten werde. Das Berliner C. B. meint: daß der Kaiser von Oesterreich nicht nach Warschau gehen werde, doch sei es nicht unwahrscheinlich, daß nach der Warschauer Zusammenkunft die drei Monarchen an einem andern Orte (vielleicht in der Grenzstadt Troppau) haben. Mit dieser letzteren Angabe würde ziemlich das zusammenstimmen, was uns in der gestrigen Zeitung aus Oesterreich berichtet wurde.
Der Minister-Präsident v. Manteuffel wird am 14. mit zwei Mitgliedern des Ministeriums des Auswärtigen nach Dresden reisen, von da nach Berlin zurückkehren, und am 17. oder 18. Mai Se. Maj. der Könige nach Warschau folgen. Der Bundesdeputations-Geandte v. Kochow wird am 17. Mai ebenfalls von Frankfurt a. M. nach Warschau reisen.
Am 12. fand in Bellevue unter Vorsth Se. Maj. der Könige ein Minister-Rath statt, welchem dann Vorträge einzelner Minister folgten. Am 11. hatte der preuss. Bevollmächtigte bei den Dresdener Konferenzen, Graf v. Alvensleben, eine Konferenz mit dem Minister-Präsidenten.
Die Kreuz-Zeitung will wissen, daß der Finanz-Minister v. Rabe auf seiner Entlassung beharren wolle, und widerlegt das Gerücht, daß v. Rabe keinen Nachfolger sein werde.
Nach einer telegr. Nachricht der Preuss. Ztg. (i. oben) ist am 11. bei Polizeimannschaften auseinandergetrieben worden, wobei Verwundungen und Verhaftungen vorkamen.
Das in der Rheinprovinz stehende 17. Regiment hat Marschordre nach Frankfurt a. M. erhalten.
Am 9. Mai wurde in der Abgeordneten-Kammer zu Stuttgart der Antrag angenommen, keine Antwortsadresse zu erlassen, dagegen die Regierung zu machen, bald möglichst die Vorlagen für Revision der Verfassung zu machen. Zu derselben Sitzung gaben 42 Abgeordnete eine Erklärung ab gegen Wiederherstellung aufgehobener Ständevorrechte. — Die Kreuzzeitung will erfahren haben, daß die Ständeverammlung zu Stuttgart nächstens bis zum Herbst vertagt werden.
Unter Kaiser geben wir wieder einige Proben von dem Regimente Passenpflug.
In dem Kronenwerke von Rendsburg wird wegen einer schlechtholsteinischen Kotabe der Belagerungszustand proklamirt. — Der General Bardenheue ist nach Kopenhagen gereist.
Zu Paris erhebt eine dem Präsidenten befreundete Stimme sich für das allgemeine Wahlrecht. Die Pariser Kaunen. — Ballou ist in Paris eingetroffen und von seinen Freunden warm empfangen worden.
Am 9. Mai erklärte der Minister Palmerston im Unterhause in Folge einer Interpellation: daß die Klümmung der Donaufürstenthümer seitens der russ. und türkischen Truppen begonnen habe, und daß es leider den vereinten Bestrebungen Englands und Frank-

reichs nicht gelungen sei, die ungarischen Flüchtlinge frei zu machen. Auch in Bezug auf die Occupation von Rom durch die Franzosen gab er einige auffällende Notizen. Das englische Ministerium hat in derselben Sitzung glänzend gefiegt, indem der gegen dasselbe gerichtete Antrag Urquharts mit 286 gegen 201 verworfen wurde.
Ein an der Subgränze der Schweiz errichtetes österreichisches Blockhaus erregt das Bedenken der Schweizer.

Preußen.

Berlin, 12. Mai. Se. Maj. der Könige haben allergnädigst geruht, den Stadtrath und Präsidenten der preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt, Gamet, zum dritten Mitgliede der Hauptverwaltung der Staatsschulden und zum geheimen Finanz-Rathe mit dem Range eines Rathes dritter Klasse; den evangelischen Pfarrer Dr. Weis in Königsberg in Pr. zum Consistorial-Rath und Mitgliede des dortigen Consistoriums; und den Staats-Anwalt Otto de la Croix in Magdeburg zum Consistorialrath und Mitgliede des dortigen Consistoriums und Provinzial-Schul-Kollegiums; so wie den bisherigen Stadtwoitgei-Direktor von Boffe in Berlin zum Polizei-Direktor mit dem Range eines Polizei-Direktors zu ernennen.
Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4ten Klasse 103ter kgl. Klassen-Lotterie fiel der zweite Hauptgewinn von 80,000 Rthl. auf Nr. 44,505 nach Wittenberg bei Haberland; 1 Hauptgewinn von 10,000 Rthl. auf Nr. 31,024 nach Breslau bei Schreiber; 3 Gewinne zu 2000 Rthl. fielen auf Nr. 5930, 71,453 und 71,971 in Berlin bei Burg und bei Seger und nach Magdeburg bei Koch; 38 Gewinne zu 1000 Rthl. auf Nr. 6023, 10,498, 11,757, 11,971, 13,637, 14,422, 14,680, 17,222, 18,813, 20,557, 21,860, 22,475, 23,906, 26,977, 30,511, 32,311, 37,078, 37,340, 42,689, 45,797, 48,198, 51,838, 54,709, 57,924, 58,816, 60,133, 62,637, 63,233, 64,754, 67,077, 68,290, 68,632, 70,105, 70,638, 71,936, 71,959, 74,554 und 76,376 in Berlin bei Werhadt, bei Burg und 3mal bei Seger, nach Varnen 2mal bei Holzshuer, Breslau 2mal bei Grobich, bei Schede und bei Schreiber, Köln bei Kraus und 3mal bei Reimboldt, Krefeld bei Meyer, Düsseldorf bei Spatz, Ehrenbreitstein bei Goldschmidt, Eilenburg bei Riese, Elberfeld bei Heymer, Frankfurt bei Salzmann, Gumbinnen bei Stetzel, Halberstadt bei Heinemann und 2mal bei Sußmann, Merseburg 2mal bei Rieselbach, Naumburg bei Vogel, Neichenbach bei Schaff, Schweidnitz bei Scholz, Stettin bei Schmolow und 2mal bei Wilsch, Straßburg bei Clausen, Tüft bei Löwenberg, Zeig bei Jörn und auf 1 nicht abgesetztes Loos; 46 Gewinne zu 500 Rthl. auf Nr. 1597, 3584, 4203, 4734, 4771, 6921, 7030, 7247, 8457, 9068, 9115, 10,111, 10,623, 10,707, 13,841, 13,886, 16,755, 17,127, 18,017, 18,569, 19,379, 26,779, 28,770, 29,857, 35,365, 36,300, 37,908, 41,142, 41,214, 41,237, 42,379, 43,769, 49,620, 57,109, 59,790, 60,847, 60,936, 61,686, 63,252, 64,515, 64,700, 65,758, 66,102, 67,033, 69,597 und 69,763 in Berlin bei Alwin, 4mal bei Burg, bei Grad, 2mal bei Magdoff und 2mal bei Seger, nach Breslau bei Grobich und 2mal bei Schreiber, Köln 2mal bei Reimboldt, Danzig 2mal bei Meyer und 2mal bei Regoll, Düsseldorf 2mal bei Spatz, Elberfeld bei Heymer, Halle 2mal bei Lehmann, Königsberg in Pr. bei Samter, Landsberg bei Borchardt, Liegnitz bei Schwarz, Magdeburg 2mal bei Koch, Merseburg bei Rieselbach, Neisse bei Jäkel, Strowo bei Weßlau, Potsdam bei Hiller, Schweidnitz bei Scholz und nach Thorn bei Krupinski; 58 Gewinne zu 200 Rthl. auf Nr. 737, 5486, 7071, 7338, 7388, 9785, 10,222, 12,301, 12,882, 13,846, 14,215, 14,325, 14,878, 15,587, 16,449, 17,420, 18,633, 19,291, 19,799, 20,162, 20,361, 22,030, 22,608, 23,654, 24,812, 26,282, 27,678, 28,875, 29,520, 33,066, 33,477, 36,577, 36,607, 37,608, 41,252, 41,970, 42,620, 44,839, 44,919, 44,954, 46,825, 47,974, 48,995, 50,996, 54,515, 55,164, 57,296, 57,957, 58,066, 62,444, 63,595, 65,864, 72,408, 73,857, 74,703, 76,269, 77,445 und 79,626.
Angelommen: Se. Hoheit der Erbprinz von Anhalt-Desau, von Desau. Der General-Major und Commandeur der 11ten Landwehr-Brigade, Graf v. Monts, von Breslau. Se. Excellenz der herzoglich anhalt-desauischen Staatsminister, v. Ploß, von Desau. Se. Excellenz der herzoglich anhalt-berndburgische Staatsminister, v. Schöckell, von Bernburg. Abgereist: Se. Durchlaucht der Fürst Heinrich LXXIV. zu Reuss-Schleiz-Köstritz, nach Jänkendorf. Der Prinz Ferdinand zu Schöneck-Corolath, nach Saabro. Se. Excellenz der General-Lieutenant, General-Inspector der Festungen und Chef der Ingenieure und Pioniere, v. Prese, nach der Provinz Sachsen. Der Generalmajor und Commandeur der 15ten Kavalerie-Brigade, von Kaphengst, und der Generalmajor und Commandant von Köln, Engels, nach Köln.
Berlin, 11. Mai. [Zagesbericht.] Die Reise-Dispositionen Se. Maj. des Königs sind nunmehr in folgender Weise getroffen: Am 15ten des Morgens um 8 Uhr reist Se. Maj. der König mit der Königin von Potsdam ab, dinirt in Kohnstorf und fährt denselben Tag nach bis Breslau, wo er Nachtquartier hält; am andern Tage reist er bis Gleiwitz, wo er ebenfalls die Nacht bleibt, und trifft dann am folgenden Tage Nachmittags um 5 Uhr in Warschau ein. Vom 18ten bis 20sten incl. bleibt derselbe in Warschau, kehrt dann ebenso zurück, indem er wiederum in Gleiwitz und dann den 25. Mai in Breslau bleibt, und trifft am 29sten hier ein, und zwar, wie man gegenwärtig mit Bestimmtheit annimmt, in Begleitung des Kaisers von Rußland, der dann der Friedrichs-Feier beizuhohnen wird. Daß der österreichische Kaiser oder sonst ein österreichischer Prinz zu dieser Zeit gleichfalls hier erscheinen werde, zieht man gegenwärtig vornehmlich aus dem Grunde in Zweifel, weil nicht recht anzunehmen ist, daß eine Betheiligung österreichischer Seits an der Feier für einen König erfolgen werde, der seinen Ruhm vornehmlich durch seine siegreichen Kämpfe eben gegen Oesterreich erworben hat. — Ob

Ministerpräsident v. Manteuffel sofort gleichzeitig mit dem Könige abreist, hängt von der Entwicklung der Dinge in Dresden ab. Die Sache liegt so, daß man immer noch fürchtet, es könne noch im letzten Augenblicke österreichischer Seits in diesem Punkt ein Contre-coup erfolgen, und daß man sich deshalb noch immer bereit hält, für einen solchen Fall den eintretenden Eventualitäten entgegenzutreten.
Berlin, 12. Mai. Se. Maj. der Könige sind heute Vormittags 9 Uhr nach dem Schlosse zu Bellevue gekommen, woselbst ein Minister-Conseil vor Se. Maj. der Könige stattfand. Nach Beendigung desselben geruhten Se. Maj. der Könige die Vorträge einzelner Staats-Minister entgegen zu nehmen.
Was die Begleitung Se. Maj. der Könige auf der Reise nach Warschau anbelangt, so haben Abänderungen stattgefunden; so wird der General v. Neumann sich nicht im Gefolge Se. Maj. der Könige befinden, der Flügel-Adjutant Oberst-Lieutenant Graf v. Blumenthal wird mitreisen.
Se. Excellenz der Minister-Präsident v. Manteuffel wird am 14. d. M. mittelst des Frühzuges nach Dresden abgehen, wohin ihn aus dem Ministerium des Auswärtigen der frühere Kammergerichts-Präsident Graf v. Schlieffen und der Regieruns-Justiz-Rath begleitet werden. Von Dresden wird Hr. v. Manteuffel vorerst nach Berlin zurückkehren, und von hier aus am 17. oder 18. nach Warschau abgehen, wohin denselben dem Vernehmen nach nur der geb. expedirende Sekretär, Hofrath Gottl., begleiten wird.
Der Bundesdeputations-Geandte General-Lieutenant v. Kochow wird sich am 17. d. Mts. Abends von Frankfurt a. M. nach Warschau begeben.
Gestern hatte der Staats-Minister a. D. Graf v. Alvensleben im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine längere Besprechung mit dem Herrn Minister-Präsidenten.
Nachrichten aus Hannover besagen zu unserer aufrichtigen Freude, daß Se. Maj. der König von Hannover sich mit großer Befriedigung über den Aufenthalt am königlichen Hoflager in Charlottenburg aussprechen.
Der Flügel-Adjutant Se. Maj. des Königs, Major v. Boddien ist nach Paris abgereist.
Auf außerordentlichem Wege wird uns aus Stuttgart gemeldet, daß die kürzlich zusammengetretenen württembergischen Kammern in Kurzem bis zum Herbst wieder vertagt werden.
Der Finanz-Minister v. Rabe hat sich in den letztvergangenen Tagen zu verschiedenen ihm befreundeten Personen offen dahin ausgesprochen, daß er sich in der Lage befinde, sein Entlassungsgesuch von Neuem einzureichen, und daß er zu hoffen berechtigt sei, Se. Maj. der Könige werde nunmehr dies Gesuch annehmen. — Wenn in denselben Kreisen von einem eventuellen Eintritt des Ober-Präsidenten v. Bismarck in das Ministerium die Rede ist, so glauben wir dem Bestimmten widersprechen zu dürfen, indem gegenwärtig noch dieselben Gründe obwalten, welche Hr. v. Bismarck im November v. J. bestimmt haben, seinen Eintritt in das Ministerium abzulehnen. (Pr. Preuss. Z.)
Wesel, 10. Mai. [Militärisches.] Nach zuverlässigen brisischen Mittheilungen hat das 17. Infanterie-Regiment, welches vor der neuesten Dislokation in Wesel stand, gegenwärtig aber zum Theil in Köln und Düsseldorf garnisonirt, Marschbefehl erhalten, um zu dem in der Umgegend von Frankfurt a. M. zusammen zu ziehenden Bundeskorps zu stoßen. Die Gerüchte über eine Mobilmachung eines Theils der rheinisch-westfälischen Truppen sind auch hier aufgetaucht; entbehren jedoch aller Grundlage.
**** Breslau, 12. Mai.** Das neue Strafrecht ist erschienen und tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft. Ohne vorläufig in eine Kritik einzugehen, welche nur aus rein juristischem Standpunkte geübt und für wenige Leser der Zeitung von Interesse sein könnte, wollen wir nur Dasjenige mittheilen, was von wir glauben, daß es auf allgemeines Interesse rechnen darf. Neu sind die Bestimmungen:
1) daß die Strafe des Rückfalls eintritt, auch wenn die Strafe des früheren Verbrochens oder Vergehens noch nicht vollstreckt worden ist;
2) daß die strafbaren Handlungen in Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen eingetheilt werden, je nachdem die Todesstrafe oder eine Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren, oder von sechs Wochen bis zu fünf Jahren oder Geldbuße über 50 Thlr., oder endlich eine Freiheitsstrafe bis zu sechs Wochen oder Geldbuße bis zu 50 Thlr. angedroht ist;
3) daß auf Zuchthausstrafe nur bei Verbrechen und nicht unter zwei Jahren und nur dann erkannt werden soll, wenn in den bisherigen besonderen Gesetzen Zuchthaus-, Arbeits- oder Festungsstrafe angedroht ist, daß in den übrigen Fällen immer Gefängnisstrafe oder Gefängnisstrafe eintritt;
4) daß Klagen wegen Ehrenverletzungen und leichter Mißhandlungen, sofern sie nur im Wege des Civilprozesses verfolgt werden, in denjenigen Landesstellen, wo das Institut der Schiedsmänner besteht, nicht eher zugelassen werden, als bis der Schiedsmann ein Urtheil ausgesprochen hat, daß der Kläger seine Vermittelung ohne Erfolg nachgesucht hat;
5) daß die Todesstrafe nur durch Enthauptung und in einem umschlossenen Räume vollstreckt wird, daß zwei Mitglieder des Gerichts erster Instanz, ein Beamter der Staatsanwaltschaft, ein Gerichts-Schreiber und ein oberer Gefängnis-Beamter zugegen sein müssen, daß es dem Gemeinde-Vorstande überlassen ist, zwölf Mitglieder der Gemeinde als Zeugen abzuordnen, und daß vom Anfange bis zum Ende der Hinrichtung geläutet wird;
6) daß die zur Zuchthausstrafe Verurtheilten unfähig sind, ihr Vermögen zu verwalten und unter Lebenden darüber zu verfügen, und daß sie unter Vormundschaft gestellt werden, daß ferner die Verurtheilung zur Zuchthausstrafe den Verlust der bürgerlichen Ehre (unter Anderm Unfähigkeit, als Zeuge eidlich vernommen zu werden) nach sich zieht;
7) daß die Einschließung in Freiheitsentziehung, mit Aufsicht über die Beschäftigung und Lebensweise des Gefangenen

besteht, und in Festungen, oder in anderen besonders dazu bestimmten Räumen vollstreckt wird;
8) daß alle auf Todesstrafe oder Zuchthausstrafe oder Einschließung von mehr als fünf Jahren lautende Erkenntnisse öffentlich bekannt gemacht werden;
9) daß der Versuch eines Verbrochens, wie das Verbrechen selbst, der Versuch eines Vergehens aber nur in den ausdrücklich bestimmten Fällen bestraft wird;
10) daß Angeklagte im Alter unter 16 Jahren, wenn sie ohne Unterscheidungsvermögen gehandelt haben, freigesprochen und in dem Urtheile bestimmt werden soll, ob sie ihrer Familie überwiesen oder in eine Besserungsanstalt (längstens bis zum 20. Lebensjahre) gebracht werden sollen; daß dieselben, wenn sie mit Unterscheidungsvermögen gehandelt haben, doch nicht mit der vollen gesetzlichen Strafe zu belegen sind;
11) daß der Rückfall nicht über die Hälfte des höchsten gesetzlichen Strafmaßes erhöht werden soll, daß diese Erhöhung nicht eintreten darf, wenn 10 Jahre seit der Abbüßung der ersten Strafe verfloßen sind;
12) daß gewaltsame Sprengung von einer der Kammern, Drohungen gegen ein Mitglied derselben, Wahlumtriebe (Verkauf der Wahlstimmen, Verfälschung der Wahlscheine und dergleichen) zum Theil mit hoher Strafe bedroht sind;
13) daß das böswillige Verkaufen oder Verbreiten von Zeichen oder Symbolen, welche geeignet sind, den Geist des Aufwuchs zu verberben oder den öffentlichen Frieden zu stören, das Tragen der von der Bezirksregierung verbotenen Verbindungszeichen, mit Geldbuße bis zu 200 Thlr. oder Gefängnis von vier Wochen bis zu zwei Jahren bestraft wird;
14) daß Derjenige, welcher als Zeuge oder Geschworener, oder als gesetzlich verpflichteter Sachverständiger berufen wird, bei Gefängnisstrafe bis zu zwei Monaten sich einer falschen Entschuldigungsurkunde nicht bedienen darf;
15) daß Derjenige, welcher durch Trunk, Spiel oder Müßiggang in einen solchen Zustand gerathen ist, in welchem zu seinem Unterhalte oder zum Unterhalte Derjenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, fremde Hilfe durch Vermittelung der Behörde in Anspruch genommen werden muß; daß ferner Derjenige, welcher eine Unterstüßung aus öffentlichen Armenfonds empfängt, wenn er sich weigert, die ihm von der Behörde angewiesene, seinen Kräften (und, was nicht gesagt ist, aber wohl eigentlich sich von selbst versteht, der Unterstüßung) angemessene Arbeit zu verrichten, mit Gefängnis von einer Woche bis zu drei Monaten bestraft wird;
16) daß der Ehebruch, wenn der beleidigte Ehegatte darauf anträgt, und die Ehe geschieden wird, auch an dem Mitschuldigen des anderen Ehegatten bestraft wird;
17) daß Weibspersonen, welche den polizeilichen Anordnungen zuwider, gewerbsmäßig Unzucht treiben, bis zu acht Wochen Gefängnisstrafe erhalten und hiernächst nach Erlassen der Landespolizeibehörde in einem Arbeitshause bis zur Dauer eines Jahres, eingesperrt werden;
18) daß bei sofortiger Erwidern von Beleidigungen der Richter ermächtigt ist, für beide Beleidiger oder für einen derselben, eine der Art oder dem Maße nach, mildere Strafe oder gar keine Strafe eintreten zu lassen;
19) daß Medizinalpersonen und Andere, welche unbefugter Weise Privatgeheimnisse offenbaren, die ihnen Kraft ihres Berufs anvertraut sind, mit Geldbuße bis zu 500 Thlr. oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden;
20) daß die Strafen des Duells erheblich gemildert, und Sekundanten, Zeugen und Aerzte, so wie der Kartellträger, wenn er bemüht gewesen ist, den Zweikampf zu verhindern, strafflos sind;
21) daß Medizinalpersonen, welche in Fällen einer dringenden Gefahr ohne hinreichende Ursache ihre Hilfe verweigern, mit Geldbuße von 20 bis 500 Thlr. bestraft werden;
22) daß Aerzte und Wundärzte, welche unrichtige Zeugnisse über den Gesundheitszustand eines Menschen zum Gebrauche bei einer Behörde oder Versicherungsgesellschaft wider besseres Wissen ausstellen, mit Gefängnis von drei bis achtzehn Monaten und zeitiger Unterstüßung der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft werden;
23) daß der武者 mit Gefängnis von drei Monaten bis zu einem Jahre und zugleich mit Geldbuße von 50 bis zu 1000 Thlr., so wie mit zeitiger Unterstüßung der bürgerlichen Ehrenrechte;
24) daß gewerbsmäßige Hazardspieler mit Gefängnis von drei Monaten bis zu zwei Jahren, und zugleich mit Geldbuße von 100 bis 2000 Thlr., und zeitiger Unterstüßung der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft werden;
25) daß Derjenige, welcher unbefugt ficht oder krebt, mit Geldbuße bis zu 50 Thlr., oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft wird;
26) daß vorsätzliche oder fahrlässige Nichterfüllung von Lieferungsverträgen über die Bedürfnisse des Heeres zur Zeit eines Krieges, oder über die Zufuhr von Lebensmitteln zur Abwendung oder Befestigung eines Nothstandes strafbar sind;
27) daß Geschworene, wenn sie bei einer Sache, in welcher sie fungiren, Geschenke annehmen, Zuchthausstrafe zu gewärtigen haben;
28) daß mit Geldbuße bis zu 50 Thlr. oder Gefängnisstrafe bis zu sechs Wochen bestraft wird:
a. wer den gegen die Störung der Feier der Sonn- und Feiertage erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt;
b. wer ruhestörenden Lärm erregt oder „groben Unfug verübt“;
c. wer öffentlich Thiere boshaft quält oder roh mißhandelt;
d. wer verfälschte oder verdorbene Getränke oder Gewässer feil hält;
e. wer vorfälschlich Steine oder andere harte Körper oder Unrath auf Menschen wirft;

*) um 24 Stunden verspätet eingetroffen.

Red.

29) daß mit Geldbuße bis zu 20 Thln. oder Gefängnißstrafe bis zu vierzehn Tagen bestraft wird:

- a. wer das Kaupen, inforn es durch gefessliche oder polizeiliche Anordnungen geboten ist, unterläßt;
- b. wer Eier oder Junge von jagdbarem Federwild ausnimmt.

Deutschland.

Dresden, 12. Mai. Für die demnächst bevorstehende Schlußsitzung der Ministerialkonferenz werden, wie bereits gemeldet, die Ministerialpräsidenten von Wien und Berlin, eben so nach den bisherigen Mittheilungen, die Herren v. d. Pforden aus München, v. Rütze aus Karlsruhe, v. Schleinitz aus Braunschweig hier eintreffen. Weitere Zeitungsnachrichten kündigen die Ankunft des Freiherrn v. Dalmwig aus Darmstadt und Freiherrn v. Neurath aus Stuttgart an. (D. Z.)

Stuttgart, 9. Mai. [Kammer-Verhandlungen.] In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde zunächst eine Erklärung, unterzeichnet von 41 Mitgliedern der Kammer, verlesen, in welcher die Unterzeichner sich gegen die Wiederherstellung der Ständesvorrechte aussprechen. Mehrere Reklamationen gegen dieselbe fanden statt. Darauf begann die Beratung über den Antrag des Abgeordneten v. Kuhn auf Unterlassung einer Antwortadresse und Abgabe der einfachen Erklärung, daß die Kammer auf die Verfassungsrevision einzugehen dringend wünsche. Nach längerer Debatte wird der Antrag Kuhn's auf Unterlassung der Antwortadresse einstimmig angenommen und mit großer Mehrheit beschlossen, zu Protokoll zu erklären, daß die Kammer der alsbaldigen Einbringung von Vorlagen zum Zwecke der Verfassungsrevision entgegen sehe. Dann wurde, nachdem die Ständesvorrechte eingetretten waren, die Wahl der Staatsschuldenverwaltungskommission vorgenommen und zuletzt vom Ministerium der Geat bis zum 1. Juli 1852, ferner ein Gesetzentwurf, betreffend die Verlängerung des Termins für die Fortsetzung der Steuern bis zum 30. Juni dieses Jahres, ferner ein Gesetzentwurf, betreffend die anderweitige Verwendung des Einkommensfonds für das Staatspapiergeld, endlich der Staatsvertrag über den Eisenbahnbau mit der bayerischen und badischen Regierung vorgelegt und dabei 300,000 Thl. aus den Grundsteuermitteln zum Zwecke der Deduktion der Baukosten des Bahnhofes in Ulm, sowie ein Kredit von 6,000,000 Thl. zur Fortsetzung der Eisenbahnbaukosten verlangt. (Staats-Anz.)

In der heutigen Sitzung der 2. Kammer wird nachfolgende Erklärung von 42 Abgeordneten verlesen:

Die Unterzeichneten erklären, daß sie bei ihrem Entschlusse, in die Kammer der Abgeordneten einzutreten, die Gründe, welche gegen einen solchen Schritt angeführt werden können, vollständig gewußt, daß sie die schweren Bedenken, in die gegenwärtige zum Theil wieder aus Privilegien bestehende Ständeverfassung eintreten, nur durch die Erwägung bewältigt haben: es gebiete die Pflicht, gerade in den schwierigen Verhältnissen dem Vaterlande sich nicht zu entziehen, daß sie jedoch diesen ihren Schritt nicht so annehmen wollten, als gäbe es keine Möglichkeit, die Verhältnisse aufzuklären und die Ständesvorrechte sich auszuweisen. Stuttgart, den 8. Mai 1851.

Darmstadt, 9. Mai. [Anleihe.] In der heutigen Sitzung der 2. Kammer richtete die Staatsregierung die Proposition an die Stände, daß diese ihr die Ermächtigung erteilen mögen, eine Summe von höchstens 1 1/2 Mill. Thl. auf dem Wege der Anleihe aufzunehmen, um sich damit bei dem Bau der Eisenbahn von Mainz über Worms bis zur bayerischen Grenze durch Uebernahme einer Anzahl Aktien zu betheiligen.

Mainz, 9. Mai. [Bildungsanstalt für Priester.] Aus zuverlässiger Quelle vernehmen wir, daß der Bischof von Mainz bereits vor etwa einem Jahre an seinem Ministerium Mittheilung davon gemacht, daß er eine Bildungsanstalt für katholische Priester, wie sie dieser Tage wirklich hier ins Leben getreten, in unserer Stadt zu errichten, resp. die 1829 aufgehobene gleichartige Anstalt wiederherzustellen beabsichtige. Diese Notiz nun sei ohne Beantwortung geblieben, bis vor einigen Tagen das Institut wirklich seine Thätigkeit begonnen, wo denn eine ministerielle Protestation gegen diesen Schritt des Bischofs, als den bestehenden Rechten zuwiderlaufend, eingetroffen, worauf letzterer seinerseits schon wieder in entschiedener Weise geantwortet habe. (Eiff. Z.)

Kassel, 9. Mai. [Hr. Hassenpflug] hat sich seines Sieges über die Verfassung noch wenig erfreuen können, denn er sieht sich von Verlegenheiten aller Art umringt, und wenn er die eine zu beseitigen gewußt hat, erwächst ihm sofort eine neue. Die drohende Aufhebung aller vom kaiserlichen Kriegsgericht ergangenen oder noch ergabenden verurtheilenden Erkenntnisse in Betreff der Septemberverordnungen durch das von Hassenpflug aus der Mitte seiner Anhänger neu bestellte Generalauditorium stellte eine eklatante Niederlage für ihn in Aussicht. Er suchte diese Verlegenheit durch die Verordnung vom 29. April zu entgehen, aber diese Verordnung scheint ihm nur neue Verlegenheiten zu bereiten. Die drei juristischen Mitglieder des Generalauditoriums sind über dieselbe empört und haben gemeinschaftlich beschlossen, ihre Indignation dem Ministerium zu erkennen zu geben. Die kaiserliche Reaktion hätte kaum in ungeschicktere Hände als in die Hassenpflug's fallen können. Alle diejenigen seiner Anhänger, welche noch einen Funken Rechtsgefühl in sich haben, werden ihn nach und nach verlassen. Die demaligen juristischen Mitglieder des Generalauditoriums durch andere Dienstleistungen zu ersetzen, scheint unmöglich zu sein, wenn nicht ganz junge und unbefähigte Männer dazu genommen werden sollen, und das Letztere würde auch seine großen Bedenken haben. Um dem Konflikte auszuweichen und die Verurteilung wenigstens einiger der verfassungstreuen Beamten und der Mitglieder des bleibenden Ständeausschusses zu erlangen, geht Hr. Hassenpflug nun damit um, dem Generalauditorium die gesetzlich ihm zustehende Revision der kaiserlichen Erkenntnisse, so weit sie die Septemberverordnungen betreffen, zu entziehen und als zweite Instanz ein oberes Kriegsgericht einzufügen, für welches er leichtere dienstwillige Mitglieder findet. Bei dem willkürlichen Regiment, das Hr. Hassenpflug führt, ist es allerdings möglich, durch künstliche Veranstellungen Verurtheilungen zu erzwingen. Ob aber dadurch nicht neue Verlegenheiten ihm erwachsen, steht dahin; jedenfalls wird seine moralische Niederlage durch solche Künste nur eklatanter. (D. A. Z.)

Altona, 11. Mai. Ueber die Veranlassung des über das Flensburger Kronwerk verhängten Belagerungsustandes wird dem Jäger Wochenblatt von Kopenhagen aus berichtet: Ein Späßvogel hatte einem dänischen Soldaten unvermerkt eine schleswig-holsteinische Kokarde angeheftet; als er mit derselben unter seinen Kameraden erschien, ward er von ihnen wegen dieser unpatriotischen Demonstration durchgeprügelt. Der damit verbundene Lärm war der arnfische Anlaß, welcher dem dänischen Gouvernement den willkommenen Vorwand zu jener rettenden That verlieh. (Konst. Z.)

Riel, 11. Mai. Mit dem Dampfsschiffe Eider ist General Badenfließ gestern nach Kopenhagen gegangen, und wird derselbe, wie man von einer Seite hört, binnen Kurzem wieder hierher zurückkehren, während Andere behaupten, daß er gänzlich abberufen sei, was wir jedoch nicht glauben. (H. E.)

Kopenhagen, 10. Mai. Der königl. Kommissär für die Notablen-Verammlung, Kammerherr Graf Wille Brahe, wird dem Vernehmen nach übermorgen oder Dienstag von hier nach Flensburg abreisen. Zu seinem Privatsekretär ist der Kammerjunker L. Wille, bisheriger Legationssekretär in Berlin, ernannt.

Oesterreich.

Wien, 11. Mai. [Tagesneuigkeiten.] Der Kassenfakt des Rittmeisters, welcher bei der Trabanten-Leibwache und bei der deutschen Leibgarde als Rechnungsführer fungierte und diese Doppelfunktion dazu benutzte, den Abgang der einen Kasse bei einer Kontierung rasch durch Gelder aus der anderen zu decken, beläuft sich auf 10,600 Thl., insofern er durch den Nachlaß des Rechnungsführers, der sich bekanntlich bei einer unvermutheten Revision durch einen Hofkonsulten entledigte, nicht als gedeckt erscheint. Da diese Defraudation nur in Folge dienstlicher Nachlässigkeit in der Kontrolle möglich war, so stellte die hierüber gepflogene Untersuchung den k. k. Ministerialrath im Kriegsministerium und den Kommandanten der k. k. Trabanten-Leibwache, Major H., als die Schuld tragenden heraus, weshalb der Letztere sofort in Pension versetzt ward, der Ministerialrath Hr. aber wurde zur Entschädigung des Staatskassas verurtheilt. Bloß aus Gnade begnügt sich jedoch das Finanzministerium statt dem augenblicklichen Erlag der Summe mit jährlichen Gehaltsabzügen per 2000 Thl. — Wie wir jetzt von gut unterrichteter Seite vernehmen, waren es nicht eigentlich die Hausbesitzer, welche eine Steigerung der Miethspreise anstrebten, sondern die Staatsverwaltung ließ sie durch das Steueramt in diesem Sinne bearbeiten, weil durch das höhere Entzinsung der Miethen auch die entfallende Steuerquote gewinnt. Manche Hauseigentümer haben sich dieser Gewaltthat, dieser Aufforderung Folge zu leisten, mit dem Bemerkten, daß sie mit dem bisherigen Ertragniß vollkommen zufrieden und nicht gesonnen seien, wie im Jahre 1848 schuldlos der Entrüstung des Volkes sich preisgeben zu lassen. Hierdurch erklärt sich auch, warum eben der reichste Grundbesitzer Wiens, Baron Sina, den Anfang mit der Preissteigerung machte, indem das Steueramt durch dies Signal einen eifrigen Vorwand für sein Begehren bekam und die kleineren Hausbesitzer durch ein solches Beispiel eher theils erschreckt, theils der Finanzbehörde gegenüber unter einem moralischen Zwang gestellt wurden. — Die Ausweisung des Dr. Strauß, die insgeheim und in anständigen Formen erfolgte, ist ein Werk der Ultramontanen, welche täglich mehr an Einfluß gewinnen. Uebrigens waren alle Personen, welche mit dem berühmten Gelehrten in gesellschaftlichen Verkehr traten, ziemlich enttäuscht, denn man erwartete zwar seinen weisen Kopf, aber jedenfalls eine prägnante und schärfende Auffassung der hiesigen Verhältnisse, die ihm gänzlich neu waren, zu finden, was jedoch keineswegs der Fall war. — Dr. Pollak, vormals Advokat in Pforta und Verfasser einiger werthvoller Schriften, hat ein Engagement nach Persien angenommen, wo ihm ein Gehalt von 1000 Stück Dukaten und 2000 Thl. Reisegeld zugesichert sind.

Wien, 12. Mai. [Handelskrisis.] — Hofbühne. In der hiesigen Handelswelt scheint eine Krisis im Auge, hervorgebracht durch die nahe Aussicht einer Verbesserung der Valuta, die, wenn sie plötzlich ins Werk gesetzt würde, eine allgemeine Calamität wäre. Das ganze Leben hier spürt den Druck und die Last des fluctuirenden Metallwerthes in einer Weise, von der man doch in Deutschland schwerlich einen Begriff hat. Wenn sämtliche Miethen in Wien hätten ausbleiben können, so hätten sie es sicherlich neulich gethan, als auf Anregung des Herrn v. Sina, der allein in der innern Stadt circa 7 Häuser besitzt, sämtliche Hauseigentümer die Miethen um 40–100 Prozent erhöhten. Und eben so empfindlich, ja erschütternd wirkt jede plötzliche Verbesserung der Valuta-Verhältnisse: wie sollen z. B. die Exporteure, die Lieferungen von Wolle oder andern Rohprodukten übernehmen haben, ihre Verbindlichkeiten erfüllen, wenn Gold und Silber einen plötzlichen Fall erleiden? Schon spricht man von bevorstehenden Fallissements, so daß der Finanzminister und andere Männer von Einfluß sich mit großer Entschiedenheit gegen jede sofortige Reform erklärt haben. — Der letzte Jahresabschluß der hiesigen Hofbühne hat einen Mehrertrag von 30,000 Thl. im Vergleich mit den besten Einnahmen vor dem März 1848 gezeigt. Zum Theil ist dieser Erfolg den Bemühungen des Dramaturgen Heinrich Laube zuzuschreiben, der für das Repertoire sehr wohlthätig wirkt, wenn er auch auf die eigentliche Verwaltung der Bühne keinen Einfluß übt. Bekanntlich sind die Zuschüsse, die das Schauspiel und die Oper aus der kaiserl. Chotoulas beziehen, gar nicht der Rede werth, wenn man sie anders noch Zuschüsse nennen kann. Beide Bühnen erhielten früher je 75,000 Thl., das Burgtheater aber seit Laube's Eintritt 100,000 Thl., wofür der Hof eine Anzahl Logen und Sperren in beiden Häusern reservirt bekommt und außerdem alle Militärs für 4 Kreuzer den Eintritt ins Parterre erhalten. Als ich neulich die unübersehbare Darstellung des König Lear durch Herrn Anshütz sah, war das Parterre zum guten Theile von Offizieren besetzt.

N.B. Wien, 12. Mai. [Gassebericht.] Der Erlaß einer neuen Gewerbeordnung wird immer dringender; aus allen Kommunen des Reiches laufen Appellationen ein, daß man den Petenten die Konfessionen verweigere, ohne irgend einen erheblichen Grund.

Ueber die Finanz-Vertrauensmänner sietuliren die variirtesten Muthmaßungen; allein die erfahrenen Geldmänner lassen sich durch diese Ausprägungen nicht täuschen. Ein so tief eingetretenes Uebel kann selbst mit heroischen Mitteln nicht über Nacht gehoben werden, und eine solche Heilung hätte auch schlimmere Nachwirkungen, als das Uebel selbst. Eine bedeutende Steigerung in Handel und Gewerbe ist die nächste Folge, da Niemand den morgigen Werth der Dinge berechnen kann. Eben so klar als treffend ist dies durch ein Beispiel der Triester Zeitung nachgewiesen. Ein englisches Haus kontrahirt mit einem Wiener Hause die Lieferung ungarischer Wolle mit 10 Pfd. Sterl. per Ctr., ein Betrag von 130 Thl. Landeswährung nach jetzigem Course. Auf diesen Abgabebetrag geküßt, konnte das Wiener Haus dem ungarischen Schaffereibehälter 120 Thl. anbieten. Tritt der normale Zustand zwischen Silber und Papier wieder ein, so hat der Wiener Kontrahent immer 120 Thl. zu bezahlen, er empfängt aber aus London nur 100 Thl., da dann die 10 Pfd. Sterl. nur so viel Werth haben. — Anschaulicher dürfte die Verwirrung der Zustände kaum gemacht werden können.

[Berichtigung.] Mehrere norddeutsche Blätter haben kürzlich die Nachricht verbreitet: Herr v. Thierp, einer unserer ausgezeichneten Angehörigen im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten sei in Folge einer Indistinktion, wobei sie nicht unbedeutend auf die auffallende Veröffentlichung mehrerer Dresdener Konferenzergebnisse in einer vielbesprochenen Proschüre anspielten, plötzlich in Ungnade gefallen. Wir sind in der Lage, diese Angabe nebst allen Nebenumständen als eine verläumdende Entfindung zu bezeichnen. (O. C.)

Wien, 12. Mai. [Tabaksmopol.] — Baron Geringer. Die Einführung des Tabaksmopols köstet in Ungarn auf so vielfältige und hartnäckige Hindernisse, die man in der Regierungskreisen kaum erwartet hatte, daß man sich zwar mit Widerwillen aber nothgedrungen zu Modifikationen entschließen muß und nur über das Maß dieser Konfessionen und deren Modalität herrscht noch Unwissenheit, weshalb der Finanzminister den jetzigen Reichsrath Baumgartner abgeleitet hat, um an Ort und Stelle diese wichtige volkswirtschaftliche Frage zu prüfen und die Form in Vorschlag zu bringen, in welcher die Durchführung der Finanzmaßregel Aussicht auf Erfolg haben dürfte. — Selbst Baron Geringer fängt an, Zweifel an seine Fähigkeiten zu setzen, doch ist er eitel genug, die Schuld davon, daß die innere Organisation des Landes, trotz der Anzahl von Beamten und den Abzügen, nicht vorwärts will, auf das Uebergewicht der Militärgewalt zu wälzen, indem an dem traurigen Dualismus der

Staatsgewalt Alles scheitern müsse; er sucht deshalb den schlechten Erfolg seiner Verwaltung zu seinem Vortheil auszubuten, indem er die Vereinigung der Gewalten in seiner Hand als das einzige Rettungsmittel bezeichnet. Allein wir können mit Gewißheit vorhersehen, daß auch dieses Rettungsmittel fehlschlagen würde, denn die Hand des Baron Geringer ist zu schwach, um das zu leisten, was sein Ehrgeiz wohl möchte, und es wird zuletzt doch nichts übrig bleiben, als einen kaiserlichen Prinzen an die Spitze der Administration zu stellen, dem ein fähiger Ungar an die Seite zu geben wäre. Man kann dieser Nothwendigkeit noch so lange aus dem Wege gehen, am Ende muß man sich dennoch dazu bequemen. — In Komorn hat sich der Oberleutnant Rumpelmeier vom k. k. Infanterieregiment Hoch und Deutschmeister selbst entleert.

Frankreich.

Paris, 10. Mai. [Dr. Veron. — Herr v. Fallour.] Ganz Paris spricht heut nur von einem Artikel des Dr. Veron im Constitutionnel, wodurch er alle „Freunde der Ordnung“ auf's äußerste skandalisirt hat. Man denke aber auch! Veron, dessen Intimität mit dem Cyprie allgemein bekannt ist, erklärt sich für Abschaffung des Gesetzes vom 31. Mai und Rückkehr zum allgemeinen Stimmrecht! Die National-Verammlung ist außer sich! Die Bombe ist mitten unter ihnen geplatzt. Die Republikaner jubeln; aber La Patrie giebt dem Doktor ein Dementi. Was heißt das? Ist im Cyprie selbst der Zwiespalt ausgebrochen? Weiß die Rechte nicht mehr was die Linke will; ist Herr Leon Faucher, welcher sich in der Patrie vernehmen läßt, der Dupe seiner Kollegen? Wer kann dies wissen! Lesen Sie inzwischen, was Dr. Veron schreibt.

„Das beschränkte Gesetz vom 31. Mai — heißt es — ward der National-Verammlung am Tage nach den damaligen sozialistischen Wahlen als ein Mittel des Heils empfohlen. Paris war in Auferregung, Paris zitterte, und um Paris zu beruhigen, gab man ein ganz Frankreich in Mitleidenschaft ziehendes Gesetz. Die Einwohner von Washington und des Bundesdistrikts des Regierungssitzes, sind der politischen Rechte beraubt, um auf die Exekutive keinen Einfluß ausüben zu können. Welcher wäre es klug gewesen, die Einrichtung nachzuahmen und das Gesetz vom 31. Mai für Paris und Lyon zu erlassen; für Paris und Lyon, diese großen Städte, deren Leben und lebensfähige Gewohnheiten demselben von dem Leben und den Gewohnheiten des übrigen Frankreichs abweichen, daß sie allerdings Spezialgesetze nötig machen; für Paris und Lyon, diesen Hohen aller Laster, dieser großen öffentlichen Plätze, wo so oft Auffassungs-Soldaten gepreßt worden.“

Aber das Gesetz vom 31. Mai ist für ganz Frankreich gegeben; es ist allgemein und unbedingt. Das Gesetz vom 31. Mai ist noch wenig begriffen worden; es ist nach der Uebersetzung vieler — das Unbekannte. Viele Zeitungen, welche es vertheidigten, viele Repräsentanten, welche dafür stimmten, thaten dies nur, um alle Freunde der Ordnung endlich einmal unter derselben Fahne zu sammeln, und Frankreich nach so vielen Jahren der Gefahr endlich einmal wieder zutreten zu sich selbst einzufügen durch diese Sympathie, durch dieses innige Einverständnis. Aber was ist seit dem Erlaß des Gesetzes aus dieser Majorität geworden, welcher wir es verdanken? Wie oft hat sie sich gespalten, wie oft ist sie untereinander in Widerspruch geraten? Wenn das Wahlgesetz vom 31. Mai der Wahl unserer Repräsentanten in vielen Departements förderlich sein kann, so ist es auch der Wiederwahl L. Napoleons entschieden ungünstig. Zudem es drei Millionen Stimmen beisteht, muß es nothwendiger Weise die am 10. Dezember 1848 erhaltene Majorität schwächen. Noch mehr! Zudem es die Formalitäten und die Unbequemlichkeit für die Wähler vermehrt, muß es dieselben entmuthigen und namentlich die zahlreichen Ordnungsfreunde abhalten, welche sich lieber der Abstimmung begeben, als sich der geringsten Mühe unterziehen wollen.

Nun weiß Jedermann, und die sozialistische Partei hat uns zum Voraus davon unterrichtet, daß das Gesetz vom 31. Mai im Jahre 1852 die Fahne des Aufstandes sein wird; die große revolutionäre Bewegung wird ein Lösungswort haben und wir wissen es aus allen den blutigen Tagen unserer Geschichte, daß zum Ausbruch eines Bürgerkrieges vor allen Dingen ein Lösungswort und eine Fahne nötig war.

Sollte übrigens der Präsident der Republik, Angesichts des brennenden Feuers der National-Verammlung für den Buchstaben der Verfassung (!) nicht neuerdings von Bedenken ergriffen werden und in seinem Patriotismus vor dem Gedanken blutiger Konflikte zwischen den verschiedenen Klassen der Bevölkerung zurückbeugen? Könnte er mit Rücksicht hierauf nicht die Zurücknahme des Gesetzes vom 31. Mai bei der National-Verammlung beantragen?

Uebrigens glauben wir, daß dies Gesetz, welches mit großer Majorität durchging, auch mit großer Majorität aufrecht erhalten werden würde; dann würde aber die Verammlung aufs Neue in eine sehr üble Stellung zum Lande geraten.

Einesfalls will sie keine Revision der Verfassung; andererseits, ihre Vorliebe für den Buchstaben der Verfassung bis zum blinden Stoisismus treibend, würde sie sich der Aufhebung eines Gesetzes widersetzen, welches am Tage der Wahl auf allen Punkten Frankreichs einen ungeheuren Brand entzündet muß, einen Brand, welcher nur dann nicht zu fürchten, wenn zwischen den beiden Staatsgewalten ein herrliches Einverständnis bestünde.

So aber, da uns die Verammlung nach Vernichtung ihrer Geschäfte selbst überläßt, ausgefüllt allen Katastrophen, können wir wohl von ihr die Aufhebung eines Gesetzes verlangen, welches nur für sie von Nutzen ist. Oder könnte uns etwa die Verammlung am Vorabend einer Neuwahl Hilfe leisten? Nein. Oder würde etwa die Regierung, im Augenblicke, wo sie in andere Hände übergehen soll, fast genug sein, uns vor Mord und Plünderung zu schützen? Nein! Die Verammlung hat also Gut und Blut der Gesellschaft in ihrer Hand; sie kann nicht wollen, daß die Gesellschaft ruhmlos werde, daß sie sterbe.

Ich komme zum Schluß. Entweder die Verammlung revidirt die Verfassung zum Heile Frankreichs, oder sie widersteht dem Gesetz vom 31. Mai, damit nicht noch die Gefahr, von welcher wir ohnehin bedroht sind, noch vermehrt werde.“

Es wird Ihnen jetzt begreiflich sein, welcher Auslegung unser politisches Publikum durch diesen Artikel Preis gegeben ist, dessen der Präsidial-Verlängerung günstige Absicht man zwar nicht verkennt, dessen Deduktion aber doch den Revolutionären zu statten kam.

Inzwischen ist nun endlich auch Hr. v. Fallour angelangt; doch hat er noch nicht Zeit gehabt, sich über die brennenden Fragen des Augenblicks auszusprechen. Man ist daher auch in dem Vereine der Rivolistraße noch zu keinem Entschlusse gekommen.

Großbritannien.

London, 9. Mai. [Die Bank. — Unterhaus.] Die Bank-Ausweis in letzter Woche (3. Mai) vermerkt eine Verminderung des Baar-Vorraths um 36,240 Pfund und eine Vermehrung des Noten-Umlaufs um 183,880 Pfund. Letztere fiel auf 13,252,557, letztere auf 19,685,025 Pfund. — Die heutige Unterhausung war von großem Interesse. Fürs Erste interpellirte Urquhart den Staatssekretär über den Grund, warum sich die Räumung der Donau-Kaiserschänzer abermals verzögere und frug fobann, ob es wahr sei, daß in Konstantinopel eine Konferenz zwischen den Gesandten Englands und Frankreichs stattgefunden habe, deren Zweck es gewesen, die Gefangenhaft der ungarischen Flüchtlinge zu verlängern.

Palmerston erwiderte: Eine Depesche vom 17. April meldet uns, daß die Räumung der Donau-Kaiserschänzer begonnen habe, und man erwartet, daß mindestens die Balaschi in den nächsten 14 Tagen von den Russen befreit sein wird. Ebenso ziehen die türkischen Truppen ab. Was die zweite Frage betrifft, so bestaure ich, daß die vereinte Bemühung Frankreichs und Englands nicht im Stande war, die Befreiung der Ungarn zu erlangen.

Duncombe wünscht zu wissen, ob die Regierung mit Frankreich wegen einer längeren Occupation Roms durch die Franzosen im Einverständnis sei? Ob die Truppen noch lange dort bleiben sollten und ob die Regierung glaube, daß dieselbe eine gute Regierung zu Wege bringen würde?

Palmerston. Die Occupation Roms ist eine Maßregel, deren Verantwortlichkeit Frankreich ganz allein zu tragen habe. Ich bedaure, erklären zu müssen, daß ein Stand der Dinge, wie er in Rom stattfindet, durchaus nicht befriedigend gefunden werden kann. Jedermann kennt den beweiswerthen Zustand der päpstlichen Staaten. Was die Verlängerung und Occupation betrifft, so haben wir uns deshalb mit der französischen Regierung in Unterhandlungen eingelassen; da aber der Abzug der französischen Armee offenbar die Occupation durch Truppen eines anderen Landes zur Folge haben würde, so haben wir es der französischen Regierung überlassen, selbst zu bestimmen, wie lange sie ihre Truppen in Rom lassen will.

Hierauf schlägt der Schatzkanzler eine neue Klausel zur Bill über die Einkommensteuer vor. Hiernach sollen diejenigen, welche aus dem Landbau ihren Lebensunterhalt ziehen, gegen die Auflage reklamiren können, wenn sie nachweisen, daß ihr Ertrag hinter der Abschätzung zurückbleibt. Auch hätten sie Anspruch auf Erstattung dessen, was zu viel von ihnen erhoben worden.

Unter Beifall der Protectionisten und Widerspruch der Freihändler beschließt das Haus, daß der Antrag bei der Debatte mit Berücksichtigung werden soll. Die dritte Lesung der Bill wird auf den Montag festgesetzt. Hierauf führt die Tagesordnung zur Tagesbille.

Urquhart stellt folgendes Amendement: „Die Regierung hat die Prästension des Papstes hervorgerufen. Der Brief des Lord Russell an den Bischof von Durham berechtigt zu Erwartungen, welche die Bill durchaus nicht befriedigt.“

Grey bemerkt, daß durch dieses Amendement eine bereits zweimal bestrittene Sache wieder aufgenommen werden solle. Man ners unterstützt das Amendement.

Russell befragt sich darüber, daß man im Augenblick, wo die Komitee-Beratung beginnen soll, zu so unwürdigen bilateralen Mitteln seine Zuflucht nehme. Die Regierung habe nichts gethan, um Rom zu Prästensionen zu ermuntern. Rom beabsichtigt einen Kreuzzug gegen alle bürgerlichen und religiösen Freiheiten Europas und habe mit England den Anfang gemacht. Es handle sich jetzt nicht mehr um Erörterung der Prinzipienfrage, sondern darum, welche Maßregeln die geeignetsten seien, um die Ehre des Landes und der Krone zu wahren.

Das Amendement ward mit 286 gegen 201 Stimmen verworfen.

London, 10. Mai. [Industrie-Ausstellung.] Die unaufhörliche Spannung, mit welcher man die Vorbereitungen bis zum 1. Mai verfolgte, hatte nach den Eröffnungsfeierlichkeiten eine plötzliche Erschlaffung zur Folge. Der zweite Mai war, abgesehen von dem schlechten Wetter, einer der mühsamsten Tage, welche ich je in London erlebt habe. Kaum daß man von der Ausstellung sprach; die Omnibus, an Zahl vermehrt, waren nicht gefüllter als sonst, und — die bürgerlichen „Freunden“ ließen sich so spärlich blicken, daß die Hauswirthe in Verwirrung geriethen und mit ihren Hoffnungen auf die Miethpreise sofort bedeutend erniedrigten. So ist seit der ganzen Woche geblieben, und das frohe Wetter hat nicht wenig dazu beigetragen, die übertriebenen Erwartungen abzukühlen. Die Zeitungen freilich sind voll von Berichten, aber wer sich nicht in den Hyde-Park selbst verfährt, wird kaum gewahrt, daß der erste Mai vorüber ist. In Ermangelung eines Besseren werden nun die Ereignisse der Eröffnungsfeierlichkeit immer noch mit großem Eifer durchgesprochen. Man bedrückt sich den Kopf, weshalb die Königin nicht im Staatswagen und so schnell gefahren ist; warum man den Wagen des Prinzen von Preußen nicht bemerkt hat; ob der Bischof von London wirklich krank war, und warum der Senior des diplomatischen Korps die im Programm verprochene Rede nicht gehalten hat. Dann sollte ein hiesiger Spanier einen Konstabler erschossen haben, was sich glücklicher Weise als eine Lüge ergab; wahr aber ist, daß ein anderer Konstabler in den Serpentin getaucht wurde, und die hiesige Polizei innerhalb des Crystal-Palastes einige verdächtig aussehende Individuen verhaftete, welche sich im Stationshause durch ihre Papiere als hiesiger gefandter französischer Polizei-Agenten auswiesen.

Diese Herren hatten so pflichteifrig verdächtig nach ihren Landeuten umgesehen, daß sie endlich selbst für diejenigen gehalten wurden, mit deren Ueberwachung sie beauftragt waren. Das Publikum ist übrigens gegen die fremden Polizeigäste nicht sehr freundlich gestimmt, und es dürfte kaum gerathen sein, sich hier als auswärtige Polizeibeamten zu erkennen zu geben. Freilich nicht, so wird sogar im Unterhause eine Interpellation an das Ministerium befragt, ob es den fremden Polizeimännern irgend einen offiziellen Charakter aussehe. — Im Innern des Ausstellungsbauwerks steht es, mit Ausschluß des englischen Theiles und der Hauptgänge, immer noch ziemlich unangeordnet aus. Ein großer Theil der Risten sind noch nicht ausgepackt; Gestelle und Tische sind noch in der Arbeit, und täglich kommen noch neue Ladungen vom Auslande an. Erst gestern lief ein Schiff ein, welches 359 Pakete, von der ostindischen Kompagnie für die Ausstellung bestimmt, mit sich führte. Von Rußland werden noch gegen 400 Pakete erwartet, und dasselbe ist der Fall mit noch vielen Sendungen aus den Kolonien und entfernten Welttheilen. Die ohne alle Ordnung umhergestreuten Gegenstände, das lärmende Getöse der Zischler und Zimmerleute bilden einen eigenthümlichen Kontrast zu der Stille und Eleganz, welche in den Hauptgängen und dem britischen Territorium herrscht. Wie übrigens der Beschäftigung vieler Giganten durch Staub vorgebeugt werden soll, ist auch nicht abzusehen, zumal da viele derselben durch öfteres Reinigen von Schmutz und Staub zu sehr in Gefahr sind, die Gesundheit zu verlieren und Glanz verlieren düften. Der Staub aber ist in der That so bedeutend, daß es unmöglich, von einem Ende des Gangs bis zum andern zu sehen. Es ist kein Wunder, daß gegenwärtig die britische Hälfte wegen ihrer Vollständigkeit einen entschieden günstigen Eindruck macht, als die auswärtigen Theile, wo Alles erst im Entstehen ist. Den Mittelpunkt der Besucher bilden immer noch der große Diamant, der glühende Springbrunnen, die große französische Orgel, Riss's Amazonen-Gruppe und die Mailändischen Marmor-Statuen. Die englischen Künstler würden besser gethan haben, ihren Bildhauerarbeiten bescheidenere Plätze anzuweisen. Es möchte schwer sein, eine ähnliche Sammlung steifer und gestirfter Figuren aufzustellen. Die Statue, welche die Königin zu Pferde vorstellt, und sich ziemlich im Mittelpunkte des Raumes befindet, ist eine wahre Majestätsbeleidigung, so abern und lächerlich sind Aufstellung und Ausführung. Einmüthig für Parks oder Kirchhöfe! Seit der Erniedrigung des Eintrittspreises auf 5 Schillinge, welche bis zum 22. dieses Monats dauern, hat der Besuch so bedeutend zugenommen, daß an einigen Tagen die beträchtliche Summe von 2000 Pfd. Sterling, den Betrag

Unter Korrespondent will bedauern, wie er uns schreibt, mit seinen Berichten über die Ausstellung so lange warten, bis die ganz vollendete Ausstellung aller Gegenstände eine der gleichen Darstellung zuläßt.

Der Ortsgeistliche steht in hoher Achtung bei den Bewohnern der Gemeinde. Er kennt den bedeutenden Einfluß, zumal er alle Mitglieder seiner Gemeinde genau kennt. Ihre Frömmigkeit betheiligte sie durch die geduldigste Ergebung in die Fügungen des Schicksals. So kam es einst vor, daß ein junger Bauer, dessen Felder so eben ein Hagelwetter zerfchlagen hatte, dem Freunde, der ihn bedauerte, antwortete: „Das Unglück kam von Gott, ich mürrte nicht.“ Diese Frömmigkeit zeigten sie auch beim Herannahen des Todes; nur in den da stattfindenden Ceremonien kann sich der Fremde nicht leicht verkannt machen. Soviel nur der Raum der Stube Menschen zu fassen vermag, versammeln sich Verwandte und Freunde um das Bett des Patienten, um welches geweihte Kerzen brennen, und auf dessen Brust man Heiligenbilder legt, wobei man lautem Gebet und Gesang so lange fortfährt, bis seine Augen gebrochen sind, und je heftiger der Todeskampf, desto lauter und inbrünstiger werden die Gebete. Trifft es sich aber einmal, daß ein Mensch plötzlich, ohne die Sterbefälle zu empfangen zu haben, stirbt, dann vereinigt sich das ganze Dorf zu Opfern, um Messen für seine Seele lesen zu lassen.

Auß Niemand bedienen sie sich eines Arztes, und es vertritt seine Stelle die Hebamme des Dorfes. Da kann man sich denken, welche verkehrte Mittel sie zur Hebung von Krankheiten anwenden. So mordt einst ein Knabe von einem Pferde geschlagen

Die Restauration Ohlauerstraße Nr. 75, drei Lind
mpfiehlt als etwas Vorzügliches Horchheimer Doppel- und Wildschäger Böhmisches Bier.
Mittwoch den 14. Mai, Concert und Gesang und Donnerstag Harfen-Concert.

